

Kommentar zum Kirchenpapier der Alternative für Deutschland: Unheilige Allianz. Der Pakt der Evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen

Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht eine über Jahrzehnte reichende Verschwörung eines linksgrünen Doktrinarismus am Werk, der den öffentlichen Raum kontrolliert und allem liberal-konservativem und konservativ-patriotischem entgegensteht. Dieser linksgrüne Doktrinarismus steht ihrer Meinung nach in einer Reihe mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Diktatur und hat seine Wurzeln in den Thronen des Kaiserreiches.

Dementsprechend hält Björn Höcke die AfD für „die letzte evolutionäre Chance für unser geliebtes Vaterland“. Der Brandenburger Landesvorsitzende Andreas Kalbitz ergänzt: „Danach kommt nur noch ‚Helm auf!‘“. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge gab kürzlich in einer Talkshow bekannt: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen.“

Diese Worte zeigen, was kommt, wenn die AfD entsprechende Mehrheiten erringt: Abrechnung mit der Vergangenheit, politische Willkür, Gefängnis für die Verantwortlichen. Polen und Ungarn weisen den Weg. Es gibt Meinungsäußerungen von Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten gegenüber Engagierten im Rahmen des Handlungskonzepts der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen: Die AfD steht für den Umsturz und die Machtübernahme durch die „liberal-Konservativen“ und die „konservativ-Patriotischen“. Der von der AfD hergestellte Vergleich zwischen 1933 und der heutigen politischen Situation ist nicht stimmig:

1933 übernahm eine Verbrecherbande mit etwas mehr als 44% der Stimmen die Herrschaft über das Land. Ihr folgte eine nationalistische Elite aus Verwaltung, Polizei, Justiz und Kirche und wurde zu ihren willfährigen Vollstreckern. Das Ergebnis waren Konzentrationslager, Willkürherrschaft und Krieg.

2019 verfügt die Bundesrepublik Deutschland über eine an Rechtsstaatlichkeit orientierte Polizei, Verwaltung, Justiz und Kirche. Deshalb darf die AfD an Wahlen teilnehmen, Versammlungen und Demonstrationen durchführen, ihre Einstellungen vertreten und für ihr Programm werben.

Das Recht auf gesellschaftliche und politische Akzeptanz ergibt sich dadurch nicht. Darüber hinaus bleiben alle Parteien den Regeln des Rechtsstaates unterworfen und müssen eine kritische öffentliche Berichterstattung hinnehmen. Um es mit den Worten von Winfriede Schreiber, der ehemaligen Leiterin des brandenburgischen Verfassungsschutzes, zu sagen: Demokratie ist kein suizidales Unternehmen.

Als besondere Gegnerin identifiziert die AfD die Evangelische Kirche in Deutschland. Ihr wirft sie vor, stets im Bündnis mit dem Zeitgeist und den Mächtigen zu stehen und sich in besonderem Maße dem linksgrünen Doktrinarismus verschrieben zu haben.

Das ist ein befremdlicher Vorwurf von einer Partei, die aus allen Knopflöchern nach Macht strebt. Eine Partei, die in vielen Verlautbarungen deutlich macht, dass sie diese Macht skrupellos gegen alles einsetzen wird, was sich ihr und ihren Zielen in den Weg stellt. Es klingt, als sei die AfD-beleidigt, wenn die Evangelische Kirche es wagt, sich ihren Zielsetzungen entgegen zu stellen.

Ihren heutigen Standpunkte hat sich die Evangelische Kirche in einem langen Prozess erarbeitet: Sie musste sich mit ihrer eigenen engen Bindung an die wilhelminische Monarchie auseinandersetzen, deren Ideen- und Zielgeber sie einst war. Sie erkannte ihr Versagen gegenüber der Arbeiterbewegung und beim Ausbruch des ersten Weltkrieges. Der Weimarer Republik verweigerte sie die Anerkennung und klammerte sich stattdessen an nationalistische Träume, die sie empfänglich machte für die Unterstützung der nationalsozialistischen Diktatur. Mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis stellte sie sich der Verantwortung und brach zugleich mit der Vergangenheit.

Die Sünde von 1919 bestand in der Ablehnung des demokratischen Staates durch die Evangelische Kirche. Damit wurde die Verwechslung des Vaters Jesu Christi mit einem deutschen Nationalgott aufrecht erhalten. Zu diesem nationalen Götzen möchte die AfD die Evangelische Kirche wieder zurückführen. Wenn Christoph Berndt, der Wortführer von „Zukunft Heimat“ und auf Platz 2 der Kandidatenliste für den Brandenburger Landtag, von der „gottverlassenen Amtskirche“ spricht, die das Land verloren gehen lassen hat, dann unterstellt er genau diese Verbindung von christlichem Glauben und nationaler Identität, die er zurück fordert.

Wir haben gelernt uns am biblischen Zeugnis mit unseren Urteilen zu orientieren. Und wir lesen im Neuen Testament im Brief des Apostel Paulus an die Gemeinden in Galatien: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Galater 3, 28). Wir ergänzen das durch Matthäus 23,40: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Darüber hinaus vertrauen wir auf die Vision von Micha 4, 3-5: „Er wird unter vielen Völkern richten und mächtige Nationen zurechtweisen in fernen Landen. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sichel. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken. Denn der Mund des Herrn Zebaoth hat's geredet. Ein jedes Volk wandelt im Namen seines Gottes, aber wir wandeln im Namen des Herrn, unseres Gottes, immer und ewiglich!“

Die Evangelische Kirche bekennt sich zum christlichen Glauben als einer völkerverbindenden Kraft, der die Schwachen im Blick hat und auf ein Reich des Friedens und guten Zusammenlebens hofft. Weltoffenheit („Meinen Bogen habe ich gesetzt in die Wolken; der soll das Zeichen sein des Bundes zwischen mir und der Erde.“ 1. Mose 9,13) und Menschenliebe („Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.“: Galater 6,2) stehen in seinem Zentrum und bilden den Maßstab. Das entspricht einem Zeitgeist, der sich bemüht, seine Zeit in Gedanken zu fassen und einem Gemeingeist, der zum Ziel hat, das eigene Land, Europa und die Welt voranzubringen. Das klare biblische Zeugnis mit „linksgrünen Doktrinarismus“ zu verwechseln, ist eine Fehleinschätzung des Papieres der AfD.

Die AfD wirft der Evangelischen Kirche vor, sich vor allem gegen Rechtsextremismus zu positionieren, während sie nichts gegen Linksextremismus und Islamismus unternimmt.

Das Engagement der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) gegen Rechtsextremismus erfolgte unter dem Eindruck der Serie rechtsextremer Gewalt seit Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Mehr als zwanzig Menschen starben in Brandenburg durch Angriffe von Tätern aus dem neonazistischen Bereich. Deshalb engagiert sich die Landeskirche im Rahmen des Handlungskonzepts der brandenburgischen Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ und stellte von Beginn an den Vorsitz im Aktionsbündnis Brandenburg. Die rote Linie in

der Bewertung des Rechtsextremismus bildet dabei der Begriff der Menschenfeindlichkeit. Als menschenfeindlich gilt, wer andere „aufgrund ihrer Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ herabwürdigt, diffamiert oder bedroht.

Wenn konservativ-patriotisch bedeutet, dass Menschen anderer Hautfarbe grundsätzlich dumm, Frauen nicht intelligent, Muslime minderwertig und die Juden an allem schuld sind, wird die solche Thesen vertretende Person in der Evangelischen Kirche eine entschiedene Gegnerin finden. Wir werden die Sünde von 1919 nicht noch einmal begehen. Die Kategorie „Menschenfeindlichkeit“ ist weder dem traditionell rechten noch dem linken Spektrum zuzuordnen. Antisemitismus beispielsweise ist in allen Lagern vorhanden und wird in den Verfassungsschutzberichten auch so beschrieben. Unbestreitbar bleibt die Mordlust der Rechtsextremen seit 1990 von der sich die AfD nicht glaubwürdig distanziert. Der bayerische Landtagsabgeordnete Ralph Müller blieb bei der Gedenkminute für den am 2. Juni 2019 ermordeten Regierungspräsidenten Walter Lübcke sitzen.

Die AfD wirft der Evangelischen Kirche vor, sich mit dem DDR-System verbrüderert zu haben.

Die Geschichte der Evangelischen Kirchen in der DDR ist geprägt vom Ende vieler Selbstverständlichkeiten. Mitte der fünfziger Jahre endete der staatliche Einzug der Kirchensteuer, in der Schule gab es keinen Religionsunterricht mehr, der Staat etablierte die Jugendweihe als Konfirmationsersatz. Alles gesellschaftliche Handeln sollte aus einer Hand kommen. Es gab keine Militärseelsorge und keine Mitwirkung bei Rundfunk und Fernsehen. Die Wirtschaft stand in staatlichem Eigentum und unter Kontrolle, ausgenommen Bereiche des Handwerks und der Gastronomie. Um die Kollektivierung der Landwirtschaft tobte bis in die sechziger Jahre ein erbitterter Kampf, der mit der Durchsetzung der staatlichen Vorstellungen endete. Die Kirche setzte sich bis zum Schluss für die unabhängigen Bauern ein. In der deutschen Teilung hielt sie an der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland fest. Die Verbindung in Jesus Christus sollte stärker sein als der politische Druck der Gegenwart. Als die DDR-Verfassung von 1968 diese Einheit zum Verbrechen erklärte, beschloss die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg die organisatorische Einheit wieder sobald als möglich wieder umzusetzen. Das geschah dann 1990.

Der Evangelischen Kirche ist es bis zum Schluss gelungen, Freiräume zu eröffnen und zu erhalten, Menschen gegen staatliche Repression zu unterstützen und für sich zu definieren, was Treue zu Jesus Christus in einem System bedeutet, das alle Religion ausmerzen wollte. Für diesen Weg wählte sie die Formel „Kirche im Sozialismus“. Dass ihr heute im Westen geborene und sozialisierte AfD-Funktionäre, die darüber hinaus mit dem Christentum nichts am Hut haben, Verbrüderung mit dem System unterstellen, ist sachlich falsch und menschlich perfide.

Eigentlich soll es auch nur davon ablenken, dass der scheinbar große Erfolg der AfD im Osten darauf beruht, dass der DDR-Sozialismus im Herzen ein autoritärer und rassistischer Nationalismus war. Die Mauer sorgte nicht nur dafür, dass die Bürger nicht hinaus kamen, sondern auch kaum jemand rein. Vietnamesen und Mosambikaner wurden in der ehemaligen DDR oft übelsten rassistischen Beleidigungen ausgesetzt und der autoritäre Charakter des Systems ist unbestritten. Genau auf diese Ressentiments greift die AfD zurück.

Die AfD kritisiert das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Gender Mainstreaming und Homosexualität.

Zum Wesen des Protestantismus gehört es, stets neu nachzudenken über seine Grundlagen. Sein Hauptdokument ist die Bibel, deren Original in hebräischer und griechischer Sprache abgefasst wurde. Die Übersetzung von Martin Luther aus den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts mag zwar ein Meilenstein im Gebrauch in Deutschland sein, steht aber in keinem Fall über den Originaldokumenten. Die „Bibel in gerechter Sprache“ ruft in Erinnerung, dass das von Luther bezeichnete „1. Buch Mose“ in Hebräisch „Im Anfang“ heißt, während die griechische Übersetzung im Rahmen der Septuaginta es Schöpfung – Genesis – nannte, was sich auch in der Lutherübersetzung von 2017 niederschlägt. Die Neubezeichnung des Buches der Richter in Richterinnen und Richter trägt dem Rechnung, dass die wichtigste Person im Buch eine Frau ist mit Namen Deborah. Und die neueste Forschung hat erkannt, dass es in der Tat Apostelinnen gab. Eine von ihnen grüßt Paulus im 16. Kapitel des Römerbriefes. Sie heißt Junia. Die Lutherübersetzung von 2017 erkennt das an, während ältere Übersetzungen fälschlich von Junius sprechen. Die unredigierte Übersetzung Martin Luthers von 1521/22 ist heute kaum mehr lesbar. Darüber hinaus war seine Textgrundlage der von Erasmus von Rotterdam edierten Ausgabe des griechischen Neuen Testaments äußerst ungenau.

Wer Paulus zum Kronzeugen gegen Homosexualität anruft, der sollte nicht unerwähnt lassen, dass Habgier und Völlerei bei ihm genauso scharf verurteilt werden. Und alles dient dazu zu zeigen, dass in Jesus Christus Gott eine andere Regel gefunden hat, menschliches Verhalten zu bewerten und die christliche Gemeinde Wege finden muss damit umzugehen, dass die bisherigen Regeln in ihr außer Kraft gesetzt werden. So wie die Bibel mehrere Formen menschlichen Zusammenlebens kennt (u.a. Polygamie), muss immer wieder neu bedacht und diskutiert werden wie sie im Geist des Neuen Testaments umgesetzt werden können und in welcher Form Begleitung durch die Kirche sinnvoll ist.

Die AfD denunziert das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu Migration.

Im Grundsatz gilt: Gott ruft aus scheinbar sicheren Verhältnissen in die Unsicherheit. Verheißung ist mit Aufbruch verbunden: Abraham verlässt sein Vaterland, Israel die Sklaverei in Ägypten, David die Herde seines Vaters, Jeremia seine geordneten Verhältnisse. Die Eltern von Jesus fliehen nach Ägypten. Er selbst bricht auf, um die Botschaft in Gottes Wort anders zu interpretieren und die Grenzen des Lebens zu überwinden. Paulus schließlich kennt keinen festen Wohnort mehr und setzt sich zum Ziel, die innerweltlichen Grenzen außer Kraft zu setzen: Herkunft, Status, Geschlecht. Von daher lässt sich sagen, dass Migration in der Bibel die Mutter aller Entwicklung ist und Aufbruch der Ausgang von Gottes Sendung. Die Bibel kennt Migration als Verheißung (Abraham), Vertreibung (Ismael), Wirtschaftsflucht (Israel in Ägypten), Asyl (Jesus) und Strafe (Exil in Babylon). Zentral ist die Bewahrung der Wandernden. Dabei gibt es immer Konflikte um die Bewahrung der kulturellen Besonderheiten (Speiseregeln) und rechtliche Gleichstellung (griechische Witwen). Ziel ist die gemeinsame Gestaltung des Lebensraumes (Jeremia 27: Suchet der Stadt Bestes!).

Wir gehen nicht davon aus, dass in Deutschland alle Migranten dieser Welt eine neue Heimat finden. Aber jeder Form von Gewalt gegen Menschen auf dem Weg müssen klare Grenzen gesetzt werden. Anfang des Jahrtausends haben wir uns als Kirchen dafür eingesetzt, dass es in den Städten und Dörfern Brandenburgs keine rechtsextrem dominierten Zonen geben darf. Dann sind wir der Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte entgegen getreten. Heute gilt es jeglicher Gewalt entgegen zu stehen, der Gewalt gegen Migranten als auch der Gewalt von Migranten untereinander und der Gewalt von Migranten gegen Einheimische. Wir haben uns Anfang des Jahrtausends als Kirche gegen die generelle Verdächtigung der Brandenburgerinnen und Brandenburger gestellt, sie seien die

Verbündeten der Rechtsextremen. Genauso erwarten wir auch heute eine differenzierte und faire Sicht und treten der Ansicht entgegen, alle Migranten seien potentielle Gewalttäter. Es gilt immer, die Friedliebenden zu fördern und Maßnahmen gegen die Gewalt zu entwickeln. Jesus Christus hat gesagt: „Selig sind, die Frieden stiften!“. Dazu gehört auch die Entwicklung von Wegen, die ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Menschen möglich machen.

Die AfD behauptet, die Klimakatastrophe sei an Stelle der Heilserwartung durch Jesus Christus getreten.

Klimarettung ist in der Evangelischen Kirche kein Heilsereignis. Das Heil kommt von Jesus Christus, der den Zeitpunkt seiner zweiten Wiederkunft selbst bestimmt. Von daher ist für uns Apokalypse kein Schreckensszenario sondern die positive Hoffnung auf die Rückkehr des Herrn und einen neuen Himmel und eine neue Erde.

Dennoch ist Bewahrung der Schöpfung für uns ein Thema. Wir entziehen uns nicht der Verantwortung in der Gegenwart. Wir erleben gerade den zweiten heißen Sommer in Folge. Wenn die AfD der Meinung ist, dass Klima Schicksal ist, dann möge sie für ihre Position werben. Wir folgen der Mehrheit der internationalen wissenschaftlichen Forschung, die sagt, dass der Klimawandel von Menschen ausgelöst und darum beeinflussbar ist. Dabei kennen wir durchaus die Konflikte zwischen Klimaschutz und Auskommen der Menschen und sind deshalb mit unserem Zentrum für Dialog und Wandel in der Lausitz mit dem Ziel der Vermittlung tätig. So wie wir an anderen Stellen zwischen Windkraftgegnern und Windkraftbefürwortern vermitteln. Und natürlich unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Kirchengemeinden der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz gehören in ihrer Gesamtheit zu den großen Grundbesitzerinnen im Land. Deshalb gilt es, für den Umgang mit Land und Gebäuden entsprechende Regeln zu entwickeln. Nach der friedlichen Revolution wurde Kirchenland vorrangig an Wiedereinrichter verpachtet und auch heute gilt, dass den Zuschlag nicht unbedingt der meist Bietende bekommt, sondern der, der einen sorgsamen Umgang verspricht. Wir kennen die zu lösenden Schwierigkeiten. Aber Deutschland hat seinen Platz unter den führenden Industrienationen durch seine Fähigkeit zur Analyse und zur Innovation. Augen zu und zurück in die Vergangenheit ist kein zukunftsfähiges Konzept.

Fazit:

In Selbstüberschätzung und Ignoranz gegenüber der Bibel versucht die AfD in ihrem Kirchenpapier die Spaltung zwischen den guten einfachen Gläubigen und den schädlichen Eliten aufzumachen. Das mutet seltsam an, weil Entscheidungen innerhalb der Evangelischen Kirche in demokratischen Prozessen entstehen, die sich von den einfachen Kirchengemeinden vor Ort bis zur EKD durchziehen. In vielen Fragen liegt die Verantwortung bei den Kirchengemeinden, nicht bei den übergeordneten Instanzen. Es war die Entscheidung der Mitglieder vieler Kirchengemeinden, sich im Jahr 2015 für die Flüchtlinge einzusetzen, die in unser Land kamen. Es lässt sich aus unserer heutigen Perspektive sagen, dass eine Mehrheit der Geflüchteten von über 90% produktiv an der Gestaltung unserer Heimat mitarbeitet. Manche Buslinie und manche Schule gäbe es ohne sie nicht mehr im ländlichen Raum. Demokratie wird lebendig nicht in der Aussaat von Hass und Hetze, sondern im gemeinsamen Gestaltungswillen.

Neuruppin, im Juli 2019

Heinz-Joachim Lohmann, Beauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit